

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Macmillans Erkundungsfahrt nach Moskau

Der von Chruschtschew in immer wechselnden Formen, aber mit unveränderter Beharrlichkeit aufrechterhaltene Druck gegen die westliche Position in Berlin stellt das atlantische Bündnis auf eine schwere Probe, die es ohne den Mann bestehen muß, der bisher der wichtigste Koordinator zwischen den Hauptstädten, der am wenigsten von innenpolitischen Rücksichten gehemmte Fachmann des Kalten Krieges und der fähigste Techniker der Konferenzdiplomatie gewesen war. Das Ausscheiden Staatssekretär Dulles' von der direkten Leitung der amerikanischen Außenpolitik hat jene klare Stimme zum Verstummen gebracht, die angesichts der verwirrenden Schachzüge der Sowjets dem amerikanischen Denken immer wieder Halt und Richtung gegeben und der zwischen Furcht und Illusionen schwankenden öffentlichen Meinung Vertrauen eingefloßt hatte. An seiner Stelle lassen sich die Kongreßpolitiker vernehmen, die, unbelastet von Verantwortung, den machtpolitischen Fragen mit angeblich vernünftigen Überlegungen beizukommen suchen und die Alliierten Amerikas durch ihre sprunghaften Einfälle beunruhigen. Es scheint aber, daß *Präsident Eisenhower*, der in der Außenpolitik Dulles völlig freie Hand zu lassen pflegte, sich bewußt ist, wieviel nun von seinem Auftreten abhängt. Er hat die Führungsaufgabe, die sich ihm hier stellt, in seinen letzten öffentlichen Auftritten mit Energie und großem Nachdruck angepackt. Der Präsident machte es ganz unzweideutig klar, daß die USA zwar zu Verhandlungen bereit sind, daß sie sich aber durch all die in der Luft schwebenden «Disengagement»-Ideen und Deutschland-Pläne nicht davon abbringen lassen werden, zunächst einmal auf ihrem guten Recht zu beharren und Kon-

zessionen nur ins Auge zu fassen, wenn auch die Gegenseite zu Zugeständnissen bereit ist.

Eisenhower mußte in die Rolle des außenpolitischen Führers auch deshalb eintreten, weil im Zusammenhang mit der Moskaureise des britischen Premiers in England der Anspruch aufgetaucht war, Macmillan sollte nach dem Ausscheiden Dulles' die Leitung der NATO-Politik übernehmen. Angesichts der Machtverhältnisse kann aber die führende Rolle nur in Washington, im Schwerpunkt der militärischen Abwehr- und Vergeltungsmacht, ausgeübt werden. Macmillan durfte — überspitzt formuliert — seine Fahrt nach Moskau unternehmen, weil Eisenhower zu Hause blieb. Und der konservative Premier konnte den Wählern seinen Entspannungswillen demonstrieren, ohne die NATO auf eine Position der Nachgiebigkeit festzulegen, weil die USA dem Sowjetdiktator kein Entgegenkommen zeigten. Was die innenpolitischen Absichten Macmillans anbelangt, kann er die Moskaureise als einen Erfolg buchen, dagegen ist die Wirkung seiner Gespräche mit Chruschtschew auf die Ost-West-Beziehungen noch durchaus ungewiß. Es scheint, daß der Sowjetdiktator in seinen ersten Begegnungen mit dem Premier zunächst glaubte, es mit dem Träger eines britischen Koexistenzangebots zu tun zu haben und ihm deshalb den Abschluß eines zweiseitigen Nichtangriffspaktes vorschlug. Als Macmillan sich ablehnend verhielt, griff Chruschtschew zur Methode der Schocktherapie: Während die britischen Gäste eine russische Atomzentrale besichtigten, hielt er eine Brandrede gegen «Imperialisten» und «Kapitalisten» und wies die westlichen Vorschläge für eine Außenministerkonferenz scharf zurück. Das hinderte ihn nicht, am

Schluß des britischen Besuchs einzulenen und, unter Betonung seines Wunsches nach einer «Gipfelkonferenz», sich mit einer Konferenz der Außenminister einverstanden zu erklären. Mit dem Affront der Kreml-Rede hat Chruschtschew Macmillan in Wirklichkeit einen Dienst erwiesen; er reizte den nationalen Stolz der Engländer und weckte bis in die Reihen der Labourpartei hinein den Widerstandswillen gegen die Anmaßungen des Kremlherrschers.

Gefährliche Konzessionsbereitschaft

Die während der Laufzeit des Berliner Ultimatums unternommene Reise Macmillans wurde in Paris, Bonn und Washington offiziell gutgeheißen, aber doch mit einiger Besorgnis verfolgt. Besonders der im Schlußcommuniqué enthaltene Passus über die Schaffung militärisch «verdünnter» Zonen in Europa gab zu manchen Bedenken Anlaß, die der Premierminister bei seinen Informationsbesuchen in den westlichen Hauptstädten mit der Darstellung, es handle sich nicht um ein «Disengagement», sondern um schrittweise Abrüstung, nur schwer zu zerstreuen vermochte. Auch seine These, daß man nur mit Chruschtschew verbindlich verhandeln und «Gipfelkonferenzen» daher nicht vermeiden könne, findet, vor allem in Amerika, wenig Anklang. Inzwischen hat der Kremlführer mit einer Reise in die deutsche Sowjetzone seine Kampagne gegen Berlin fortgesetzt. In Leipzig verkündete er, er wäre bereit, das Verbleiben alliierter Truppenkontingente in einer «freien Stadt» Westberlin zuzulassen, wenn sich ihnen russische Einheiten anschließen könnten. Mit seinem Manöver verriet Chruschtschew, daß es ihm nicht um die eine oder andere Regelung für Berlin geht, sondern darum, erst einmal eine Änderung in dem bestehenden, durch Verträge legalisierten Zustand zu erzwingen und darauf Schritt für Schritt die alte Reichshauptstadt in das kommunistische Satellitenregime der DDR einzuglie-

dern. Trotz der Durchsichtigkeit der sowjetischen Pläne gab es im Westen viele Stimmen, die diese Schwenkungen Chruschtschews bereitwillig als ebenso viele «Konzessionen» akzeptierten und Gegenleistungen ins Auge faßten. Chruschtschew hat bis heute in der Berliner Frage noch keine einzige Konzession gemacht, er hat nur Forderungen aufgestellt und daran gewisse Modifikationen vorgenommen; von einer Kompensation für den dem Westen zugemuteten Verzicht auf Westberlin war nie die Rede, und es wird auch aus prinzipiellen Gründen nie davon die Rede sein können, eine Stadt von zwei Millionen Einwohnern gegen irgendwelche Zugeständnisse dem Kommunismus auszuliefern.

Für den Fall, daß der Westen nicht zu einer Neuregelung in Berlin bereit ist, droht Chruschtschew mit dem Abschluß eines einseitigen Friedensvertrages für die DDR und mit der Übertragung der sowjetischen Kontrollrechte auf den Berliner Verbindungswegen an die Behörden von Pankow. Der Besuch des Kremlherrschers in Leipzig und Ostberlin hat entgegen gewissen Erwartungen die angedrohte Aktion nicht gebracht. Er glaubt offenbar immer noch, die westlichen Regierungen in Verhandlungen auf den Weg des Nachgebens drängen zu können. Der Westen kann aber nicht nachgeben, ohne die Abwehrkraft Europas zu untergraben und ohne die Hoffnungen der osteuropäischen Völker preiszugeben. Die große Bewährungsprobe wird kommen, wenn die Westmächte ihre Zusicherung wahr machen müssen, daß sie keine ostdeutsche Kontrolle an der Autobahn nach Berlin zulassen und den Durchgang wenn nötig mit Gewalt offenhalten werden.

Schwächen in der NATO-Front

Die dem Berliner Konflikt innewohnende konkrete Kriegsgefahr hat die Diskussion über die militärische Abwehrkraft des Westens ungeheuer anschwellen lassen. Wäh-

rend die amerikanischen Kommentatoren ihre Leser in dramatischen Wendungen vor der Unzulänglichkeit der Bomber und Raketenwaffen Amerikas warnen, geben die obersten militärischen Führer beruhigende Erklärungen über die Stärke der NATO-Streitkräfte ab. Das Hauptproblem der Verteidigung Westeuropas scheint in der Koordinierung und Zusammenarbeit zu liegen, die unter anderem durch die Hartnäckigkeit *de Gaulles* erschwert wird, der sich weigert, die taktischen Luftstreitkräfte Frankreichs der NATO zu unterstellen, der die eigene Verfügung über die französische Mittelmeerflotte fordert und die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf seinem Territorium ablehnt. Ähnliche Schwierigkeiten gibt es im Norden, wo Dänemark nicht gestatten will, daß Kriegsdepots für die deutsche Bundeswehr auf seinem Boden angelegt werden. Linksgerichtete Elemente, die der Landesverteidigung abgeneigt sind, verstehen es hier, nationale Empfindlichkeiten für ihre Zwecke zu mobilisieren und schwächen damit die NATO-Front in einem der am meisten gefährdeten Punkte. Die mehrheitlich sozialistischen Regierungen der drei skandinavischen Länder, der NATO-Staaten Dänemark und Norwegen und des neutralen Schweden, sind nicht bereit, in der Verteidigung bis zur letzten Konsequenz zu gehen. Sie haben in der Frage der Atombewaffnung eine abwartende, wenn nicht ablehnende Haltung eingenommen und ihr Interesse an den Plänen eines militärischen «Disengagement» in Europa nicht verborgen, wobei sie offensichtlich hoffen, von ihren Wählern keine vermehrten Anstrengungen für die Landesverteidigung fordern zu müssen. Die von den drei Regierungen *an Chruschtschew gerichtete Einladung* zu einem Besuch in Skandinavien gehört in den gleichen Zusammenhang einer Politik, die gefährlich nahe an den Begriff des «Appeasement» heranrückt. Der Schritt muß bei den skandinavischen Völkern und weit darüber hinaus Zweifel am Widerstandswillen der nordischen Regierungen hervorrufen, und dies um so mehr,

als Moskau seine Pläne für eine «Neutralisierung» des Ostseegebiets offen verkündet hat. Eine Berufung auf das Beispiel *Macmillans* macht die Sache nicht besser. Der britische Premier konnte Chruschtschew als der Vertreter der drei für Deutschland verantwortlichen Alliierten gegenüberreten, während die nordischen Regierungschefs als kleine Nachbarn im Kreml erscheinen werden. Seit es der Sowjetregierung gelungen ist, durch bloße äußere Pressionen in Helsinki ein ihr nicht genehmes Kabinett zu beseitigen, ohne daß jemand protestierte, ist ihr Appetit auf eine erweiterte Einflußzone in Skandinavien im Wachsen.

Die Einladungen an den Kremelherrscher sind nicht unumstritten geblieben. In Norwegen und Dänemark wie in Schweden hat die bürgerliche Opposition ihrer Ablehnung unzweideutig Ausdruck gegeben. Die norwegische Zeitschrift *Farmand* schreibt beispielsweise in ihrer englischen Ausgabe von Anfang März: «Unsere Feinde und Alliierten achten beide auf alle Anzeichen, ob Norwegen die moralische Kraft besitzt, um dem Druck aus dem Osten zu widerstehen. Die Einladung Ministerpräsident Gerhardsens an Chruschtschew scheint das Gegenteil anzuzeigen — Appeasement, Unterwürfigkeit und Feigheit. Kein Land hat je die Sache seiner Freiheit und Unabhängigkeit dadurch gefördert, daß es der totalitären Tyrannei entgegenkam und ihr zu schmeicheln suchte. Die Geschichte der letzten dreißig Jahre läßt keinen Zweifel daran zu.»

Nasser und die Kommunisten

Im Mittleren Osten nimmt der Konflikt zwischen Kommunisten und arabischen Nationalisten immer schärfere Formen an. Im Irak wächst der kommunistische Einfluß. Die Straße wird von den Tarnorganisationen der «Friedensanhänger» und der «Volkswiderstandskämpfer» beherrscht, die die nationalistischen Elemente terrorisieren. Gegenseitige Provokationen führten zu einem natio-

nalistischen Aufstand in *Mosul*, der von den Regierungstruppen General Kassem mit Gewalt niedergeschlagen werden mußte. Seither ergehen sich die beiden Diktatoren Nasser und Kassem in gegenseitigen Beschuldigungen. Nasser richtete neue scharfe Angriffe gegen die Kommunisten, die seine Bewegung ihrerseits als «reaktionär» und «bourgeois» deklarieren. Die Gefahr wächst, daß im Irak eines Tages eine rein kommunistische Herrschaft errichtet und daß dann auch Persien bedroht wird. Das Land, das eine verhältnismäßig schwache Armee und eine lange Grenze gegen die Sowjetunion besitzt, steht seit geraumer Zeit unter einem starken Druck von seiten Moskaus. Dem Schah ist von den kommunistischen Sprachrohren ganz offen das Schicksal des ermordeten Königs Feisal von Irak angedroht worden. Mit

einer Reihe diplomatischer Interventionen versuchte die Sowjetunion, den Abschluß eines Militärpaktes zwischen Persien und den USA zu verhindern, aber der Schah ließ sich nicht einschüchtern, weil er einsah, daß ein Nachgeben für ihn der erste Schritt zum Untergang gewesen wäre. Gleichzeitig mit Persien unterzeichneten auch die Türkei und Pakistan Militärabkommen mit den USA, so daß der seit dem Umsturz im Irak schwer angeschlagene Bagdadpakt wieder eine Stärkung erfährt. Er richtet sich jedoch nur gegen eine militärische Bedrohung von außen. Entscheidend für die nächste Zukunft des Mittleren Ostens wird aber sein, wie lange Persien der Unterwühlung von innen Widerstand zu leisten vermag.

Nemo

Innenpolitische Tagesfragen

Stockwerkeigentum

Im Bereiche der schweizerischen Innenpolitik, die sich zumeist mit recht hausbackenen Fragen befaßt, kommt den Vorarbeiten für die Einführung des Stockwerkeigentums, die nun ins Stadium der Umfrage bei Kantonen und Verbänden getreten sind, eine besondere Stellung zu; handelt es sich doch um ein Vorhaben, das zugleich zukunftsweisend ist und an die Grundlagen der freien Gesellschaftsordnung rührt. Das Eigentum an Haus und Boden kann in der industrialisierten, in Städten zusammengedrängten Bevölkerung längst nicht mehr die Verbreitung finden, die es einst hatte. Teures Bauland macht Einfamilienhäuser vielfach unerschwinglich, und dort, wo die Verkehrslage und die Bodenknappheit zur Erstellung großer Blöcke zwingen, scheidet als Erwerber aus, wer nicht über beträchtliche Mittel verfügt. Hier bietet sich als andere Möglichkeit

als die Mietwohnung nur die Wohnung an, die käuflich erworben werden kann.

Die Eigentümerwohnung verspricht eine breitere Streuung des Eigentums in dieser wichtigen Form. Sie dürfte dem alten und neuen Mittelstand eine wirtschaftliche Festigung bringen. Dem Gewerbetreibenden, dem Detailhändler, dem Arzt, dem Anwalt, für den zwar ein Stockwerk, nicht aber ein Haus erschwinglich ist, gibt das Stockwerkeigentum die Möglichkeit, seine Arbeit aufzunehmen und seine Kundschaft zu entwickeln, ohne befürchten zu müssen, die Stätte seiner Tätigkeit durch Kündigung zu verlieren. Aber auch für den, der aus irgendwelchen Gründen dauernd an einem bestimmten Ort wohnen möchte, bietet das Stockwerkeigentum neue Möglichkeiten. Es wird eine besondere rechtliche Regelung der *Geschäftsmiete*, wie sie vor allem in der Westschweiz diskutiert wird, überflüssig machen. Nach den sehr schlechten Erfahrungen mit

der Sonderregelung der Geschäftsmiete in Frankreich ist dies eine erfreuliche Nebenwirkung. Dort ist ja die Geschäftsmiete weitgehend für die geringe Leistungsfähigkeit, ja die Versteinerung des Verteilapparates verantwortlich. Die technische wie die rechtliche Entwicklung geben Grund für die Erwartung, daß das künftige Stockwerkeigentum die Nachteile des früheren nicht mehr aufweisen wird. Die modernen, abgeschlossenen Wohnungen entziehen den einstigen Zwistigkeiten den Boden, und der rechtliche Aufbau auf Grund des Miteigentums gestattet eine viel klarere Ordnung der gemeinsam zu benutzenden oder zu unterhaltenden Partien. Die Vorarbeiten für das Departement hat in umsichtiger Weise in erster Linie Prof. *Peter Liver* in Bern geleistet. Wenn auch in der Schweiz die außerordentlich rasche Verbreitung des Stockwerkeigentums, wie sie in der Deutschen Bundesrepublik und anderwärts eingetreten ist, nicht erwartet werden kann, dürfte es doch bald eine beachtliche Rolle spielen.

Inflation der Ausgaben

Zur Zeit erleben die Ausgaben des Bundes eine Steigerung in einem geradezu schwindelnden Tempo. Als kurz vor der letzten Session der eidgenössischen Räte im vergangenen Jahr bekannt wurde, daß das Budget 1959 ohne Überschuß, nur gerade ausgeglichen abschließe und so weit hinter dem Finanzplan zurückbleibe, der der Neuordnung der Bundesfinanzen zugrunde gelegen hatte, verfehlte das seinen Eindruck nicht. Davon zeugte beispielsweise die Zurückweisung der Vorlage über die Erhöhung des Bundessubvention an die Nichtbetriebsunfallversicherung der SUVA an die nationalrätliche Kommission. Leider ist diese Wirkung bereits wieder verflogen. Die Zurückweisung jener Vorlage mag zu einer Einsparung von 10 bis 15 Millionen Franken jährlich führen. Verglichen mit dem, was seither beschlossen worden ist, ist dies eine Bagatelle. Die Räte

scheinen vom Wahlfieber geschüttelt und aus dem Gleichgewicht gebracht zu sein.

In der Märzsession blieb der Antrag, den Bundesbeitrag an die Invalidenversicherung auf den Höchstbetrag von 75 Millionen zu limitieren, im Nationalrat in hoffnungsloser Minderheit, obwohl er materiell noch begründeter gewesen war als bei der AHV, wo eine obere Limite gilt, obschon für die AHV zweckgebundene Einnahmen bestehen, die die Invalidenversicherung nicht kennt. Ferner beschloß der Nationalrat, vom Kostenanteil der öffentlichen Hand nicht nur die Hälfte, sondern zwei Drittel dem Bund aufzuerlegen und, ebenfalls in Abweichung vom Antrag des Bundesrates, den Rentenanspruch schon bei vierzig-, nicht bei fünfzigprozentiger Invalidität beginnen zu lassen. So wird der Betrag, der im Finanzplan für die Invalidenversicherung eingesetzt war, stark überstiegen, obwohl man erwarten sollte, daß die Parteien und Parlamentarier, die die Finanzvorlage seinerzeit befürwortet haben, sich auf die Ausgabenlimiten verpflichtet fühlen sollten. Vom völlig unerwarteten Antrag, neben den Leistungen der Invalidenversicherung die der Krankenpflegeversicherung weiterlaufen zu lassen und so diejenigen zu strafen, die gegen das Obligatorium der Krankenversicherung sind, behaupten Zungen, die nicht einmal sehr böse sind, er wäre nicht angenommen worden, wenn nicht eine Anzahl Ratsherren wegen des Automobilsalons abwesend gewesen wären. Gewiß hat der Ständerat die Anträge seiner sehr einseitig zusammengesetzten Kommission über den Bundesanteil an den zusätzlichen Aufwendungen für die Verwertung der Milchprodukte im Inland verworfen, doch fühlte er sich dann offenbar müde und nahm dieselbe Korrektur beim Aufwand für den Export nicht mehr vor.

Auch die Begehren, die sich auf das neue Eisenbahngesetz stützen, gehen in hohen Millionenbeträgen über den Finanzplan hinaus, sowohl was die Herabsetzung der Privatbahntarife als auch den Bau der Stansstad-Engelbergbahn anbelangt. Für die

Atomwirtschaft überschreiten die Begehren die Limite ebenfalls, und auch die militärischen Aufwendungen wollen den Rahmen sprengen.

Die Räte gerieren sich bei der Ausgaben-gestaltung so, als ob sie noch in der Zeit lebten, da die eidgenössischen Staatsrechnungen regelmäßig mit hohen Überschüssen abschlossen, die sozusagen alles erlaubten. Auch in den bürgerlichen Fraktionen hat man die Maßstäbe verloren. Auf sozialistischer Seite macht man es sich sogar zum Sport und Prinzip, die Bundeskasse zu überlasten, um nachträglich den «Beweis» zu erbringen, daß die neue Finanzordnung ungenügend sei. Den deutlichsten Ausdruck fand diese Tendenz im Antrag, die 70 Millionen, die die Erwerbsersatzordnung jährlich kostet, der Bundeskasse zu überbürden. Wie wenig diese Forderung sachlich begründet war, zeigte sich darin, daß sich nach ihrer Ablehnung auch im sozialistisch-gewerkschaftlichen Lager keine Spur von Unruhe oder Enttäuschung zeigte. Sichtlich soll aber das «Ungenügen» der neuen, vom Volk gegen die sozialistische Opposition angenommenen Finanzordnung zu einem Hauptstück der sozialistischen Wahlpropaganda werden. Dabei geht dieser Argumentation die innere Wahrhaftigkeit ab. Nimmt man die Gesamtheit der sozialistischen Bundesfinanzpolitik, inklusive die Ausgabenbegehren, so würde die Haushaltlage des Bundes in kürzester Zeit hoffnungslos. Die sozialdemokratische Steuerabbauinitiative, die als eine Art Gegenprojekt zur neuen Finanzordnung zu betrachten ist, hätte dem Bund einen Mehrertrag von rund 120 Millionen gebracht; allerdings unter der politisch wohl nicht realisierbaren Voraussetzung des Widerrufs des vorher beschlossenen Steuerabbaus. Diese Mehreinnahme wäre aber längst durch noch größere Ausgabenbegehren weit mehr als konsumiert. Allein schon die Belastung des Bundes mit dem Aufwand für die Erwerbsersatzordnung hätte davon gegen 60% in Anspruch genommen.

Der Voranschlag 1959 rechnet — nach

Abzug der Kantonsanteile — mit Mehreinnahmen von 72 Millionen gegenüber dem Finanzplan. Die drohende Unordnung in den Bundesfinanzen ist also ausschließlich der Disziplinlosigkeit in der *Ausgabengestaltung* zuzuschreiben. Die Krankheit kann nicht geheilt werden, indem man der Bundeskasse höhere Steuern zuführt. Diese wären in kürzester Zeit auch verbraucht. Es gibt nur eine wirksame Waffe. Sollten je Pläne entwickelt werden, die Belastung mit eidgenössischen Steuern vor Ablauf der Finanzordnung zu erhöhen, so müßten sie des entschiedensten bekämpft werden. Nur knappe Einnahmen werden vom Ausgabenrausch heilen können.

Ungewißheit um die Integration

Das sogenannte Maudlingkomitee, das im Auftrag der OECE eine Freihandelszone vorzubereiten hatte, war einer Arbeitsgruppe zu vergleichen, die zahlreiche Bauelemente erstellt und auf den Bauplatz schleppt, der es aber nie gestattet wird, mit dem Bau zu beginnen. Es mußte seine Tätigkeit einstellen, als Frankreich im letzten Dezember nach mehr als einjähriger anscheinender Mitarbeit seine grundsätzliche Ablehnung einer Freihandelszone erklärte. Über das Ersatzprojekt der «Kommission», also der administrativen Spitze der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, bestehen innerhalb der Gemeinschaft größte Meinungsverschiedenheiten. Holland, Belgien, aber auch Italien und breite deutsche Kreise, die die Abkapselung der Wirtschaftsgemeinschaft von der übrigen Welt, wie sie den französischen Vorstellungen entspricht, als wirtschaftlich und politisch falsch betrachten, sind empört, weil der Gegenvorschlag offenbar keine Freihandelszonenähnliche Assoziation vorsieht. Allein zur Zeit dominiert Frankreich absolut. Es hat seit der Kreuznacher Zusammenkunft Adenauers mit de Gaulle die bedingungslose Unterstützung durch Bundeskanzler Adenauer. Die Berliner Krise und die sonstige

weltpolitische Spannung haben dazu geführt, daß heute die außenpolitischen Gesichtspunkte vollständig dominieren. Chruschtschew schmiedet den deutsch-französischen Block immer fester. Selbst in Großbritannien ist es nicht mehr das Handels-, sondern das Außenministerium, das die Integrationsfragen betreut. Es ist aber das Hauptinteresse der Außenminister, von Dingen nicht zu sprechen und sie auf später zu verschieben, bei denen die Meinungen auseinandergehen. Diese Entwicklung ist höchst bedauerlich. Das Feuer wird nicht verlöschen, sondern mottet unter der Decke weiter. Die gewaltige wirtschaftliche Schädigung, die die zollmäßige Diskriminierung den Nichtmitgliedern der Wirtschaftsge-

meinschaft zufügen wird, sobald der Zollabbau weiter gediehen ist, wird die geschädigten Staaten mit Naturgewalt zwingen, sich zur Wehr zu setzen. Der Liberalisierungskodex der OECE dürfte den 30. Juni 1959 kaum überleben. Damit wird die OECE ihres Hauptinhaltes entleert sein. Die enormen Fortschritte, die sie im Abbau der Handelsschranken zu erzielen vermochte, werden in Frage gestellt sein, bevor etwas Neues gebaut ist. Ob der Ministerrat der EWG, der das Projekt der «Kommission» kritisch angenommen hat, einen Kurswechsel der ganzen unerfreulichen Entwicklung herbeiführt, kann nur die Zukunft zeigen.

Helveticus

Forschung und Entwicklung in der schweizerischen Wirtschaft

Arbeitstagung Junger Schweizerischer Unternehmer

Im Bestreben, eine den Anforderungen unserer Zeit gewachsene Wirtschaftspraxis zu entwickeln, haben sich in der Nachkriegszeit in verschiedenen europäischen Ländern fortschrittlich gesinnte Unternehmer zusammengeschlossen, um in gemeinsamem Erfahrungsaustausch inner- und überbetriebliche Probleme einer Lösung entgegenzuführen. Seit dem Jahre 1950 fanden sich diese Unternehmer zu jährlichen europäischen Treffen zusammen, an denen die Grundgedanken zu einer neuen Gesamtkonzeption der Wirtschaft erarbeitet wurden. An ihrem 8. Kongreß in Montreux legten sie die Schlußfolgerungen ihrer bisherigen Studien in Form einer *Charta der Jungen Unternehmer* nieder (vgl. Schweizer Monatshefte, Julinummer 1957, S. 287/88).

Mit der am 21. Juni 1958 in Straßburg erfolgten Gründung der *Fédération des Jeunes Chefs d'Entreprises d'Europe* (F.J.C.E.) wurde das Instrument geschaffen, welches die Ideen dieser neuen europäischen Unternehmergegeneration (deren «Jugend» nicht eine Alters-

frage ist, sondern in der vorurteilsfreien Aufgeschlossenheit für die Zukunft besteht) in weitere Kreise des Unternehmertums und der Öffentlichkeit tragen und gleichzeitig als Sprachrohr bei den verschiedenen internationalen Wirtschaftsorganisationen dienen soll.

Für die Schweiz war die Gründung der *Fédération* der Anlass zu einem engeren Zusammenschluß von Unternehmern aus den verschiedenen Sprachgebieten, die bisher vor allem im Rahmen der *Rencontres Patronales* (Lausanne) einerseits und der *Studiengemeinschaft für Fragen der Wirtschaftspraxis* (Zürich) andererseits vereinigt waren. Die anfangs dieses Jahres ins Leben gerufene *Schweizer Sektion der F. J. C. E.* wird zwar — getreu schweizerisch-föderalistischer Tradition — ihre regionalen Wurzeln weiterhin achten und einen Teil ihrer Tätigkeit dezentralisiert durchführen. Daneben aber hat sie sich zum Ziel gesetzt, durch Intensivierung persönlicher Kontakte das Verständnis für die Eigenheiten und Probleme der verschie-

denen Sprachgebiete der Schweiz zu vertiefen und — eine äußerst dringliche Aufgabe — ihre Mitglieder über die Entwicklung der wirtschaftlichen Integration Europas und deren Rückwirkungen und Chancen für die schweizerische Wirtschaft zu orientieren.

Die Schweizer Sektion der F. J. C. E. — so betonte ihr Präsident *Alfred R. Niederer* (Lichtensteig) anlässlich der Eröffnung der *1. Arbeitstagung vom 21. Februar 1959 in Bern* — möchte jene Persönlichkeiten des schweizerischen Unternehmertums zur Mitarbeit gewinnen, welche hinter dem äußeren Auf und Ab der Konjunktur die eigentlichen Probleme unseres heutigen Wirtschaftslebens spüren und ernsthaft nach neuen Wegen zu deren Meisterung suchen; sie will jene Unternehmer zu gemeinsamer praktischer Arbeit aktivieren, die der Überzeugung sind, daß die unbestreitbare Gefährdung der freien Wirtschaft nicht mit den herkömmlichen Mitteln allein überwunden werden kann, sondern daß es gilt, *neue Leitbilder* unternehmerischen Handelns zu erarbeiten und in der Praxis zu verwirklichen.

Das Generalthema der diesjährigen Sektionsarbeit: das Problem der Forschung und Entwicklung in der schweizerischen Wirtschaft, wurde an der Berner Arbeitstagung durch zwei instruktive Referate eingeführt.

Über den *Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung* orientierte dessen Generalsekretär Dr. *P. Sutermeister* (Bern). Auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung kann die Schweiz seit einiger Zeit mit den gewaltigen, vielfach aus nationalen Prestigegründen forcierten Anstrengungen des Auslandes nicht oder doch nur in begrenzten Bereichen Schritt halten. Im Gegensatz zur angewandten Forschung, deren Ergebnisse sich unmittelbar wirtschaftlich auswerten lassen und für die daher noch eher private Geldquellen gefunden werden können, fehlt es an Mitteln für die Grundlagenforschung, obwohl deren Bedeutung für die langfristige Entwicklung der Wirtschaft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Mit der im Jahre 1952 erfolg-

ten Gründung des Nationalfonds und dessen jährlicher finanzieller Speisung ist der Bund in diese empfindliche Lücke gesprungen. Bis heute wurden insgesamt über 2000 persönliche Beiträge an Forscher der verschiedensten Wissenschaftsgebiete im Gesamtbetrage von rund 21 Millionen Fr. ausgerichtet. Damit ist der Nationalfonds zu einem wichtigen Faktor der Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses geworden. In neuester Zeit hat sich der Fonds — in teilweiser Abweichung vom Prinzip der Beschränkung auf die reine Grundlagenforschung — durch Gründung der Kommission für Atomwissenschaft und Freigabe namhafter Gelder der Atomforschung zugewandt. Gerade auf diesem für die industrielle Zukunft unseres rohstoffarmen Landes ausschlaggebenden Gebiet ist ja vom forschenden Ausland recht wenig Orientierung zu erwarten. Wer sich nicht selbst vorsieht, wird in wenigen Jahren, angesichts der sprunghaften Entwicklung der Wissenschaft und der Technik, unrettbar ins Hintertreffen geraten — eine Situation, welche auf Teilgebieten für die Schweiz heute bereits zur Tatsache geworden ist. Um so mehr ist die individuell und ohne großen administrativen Apparat gestaltete Arbeit des Nationalfonds zu begrüßen, dank derer unserem Lande bereits zahlreiche wertvolle wissenschaftliche Kräfte gewonnen, bzw. erhalten werden konnten. Daß das bisher Erreichte noch nicht zu besonderem Stolz berechtigt, erhellt aus der bedauerlichen Tatsache, daß die Schweiz — verglichen mit den wichtigsten Industrieländern — den niedrigsten finanziellen Forschungsaufwand pro Kopf der Bevölkerung aufweist.

Dipl. ing. *J. Lalive d'Epinay*, Chefingenieur der Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. (Baden), wandte sich in seinem nachmittäglichen Vortrag dem Problem der *Forschung im Industrie-Unternehmen* zu. Er stellte nach kurzem historischem Rückblick auf die bahnbrechenden Leistungen einzelner Forscherpioniere drei Schlußfolgerungen aus der bisherigen Entwicklung der industriellen

Forschung in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Zum ersten gilt es, auch im Betrieb — und nicht etwa nur an der Hochschule —, nach streng wissenschaftlichen Methoden zu arbeiten, d. h. jene vier Prinzipien anzuwenden, welche Descartes bereits vor 300 Jahren in seinem «Discours de la Méthode» beschrieben hat: Nichts a priori für wahr zu halten — die Schwierigkeiten in überschaubare Einzelfragen aufzugliedern — vom Einfachen zum Komplizierten vorzudringen — eine Gesamtübersicht zu gewinnen, die keine Details außer acht läßt. Das Forschungsprogramm der Unternehmung muß ebenso klar und thematisch begrenzt als gleichzeitig elastisch und in den Rahmen einer langfristigen Planung eingegliedert sein. — Von zentraler Bedeutung ist zweitens die Schaffung und Pflege eines schöpferischen Klimas im Forschungsbetrieb. Der Forscher bedarf der Entlastung von Routinearbeit, ausreichender Zeit und weitgehender persönlicher Gestaltungsfreiheit für seine Untersuchungen, bei welchen sehr oft unscheinbare Nebeneffekte dank seiner Aufmerksamkeit und Phantasie zu den entscheidenden Ergebnissen führen. — Ein unerläßliches Element des Forschungserfolges bildet drittens die inner- und überbetriebliche Gruppenbildung und Koordination der Arbeit. Diesbezüglich konnte der Referent auf das praktische Beispiel fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen einigen führenden Unternehmen der schweizerischen Maschinenindustrie hinweisen. Sicherlich stellen sich bei gemeinsam betriebener Forschung heikle menschliche und rechtliche Fragen. Angesichts der Dringlichkeit des Problems und

angesichts der Möglichkeit, durch solche Zusammenarbeit Klein- und Mittelbetriebe auch weiterhin konkurrenzfähig zu erhalten, sollte indessen die Mühe der praktischen Verwirklichung gemeinsamer Entwicklungsarbeit nicht gescheut werden.

Die 1. Arbeitstagung der *Schweizer Sektion der F. J. C. E.* hat den etwa 70 Teilnehmern viele wertvolle Anregungen und zum Teil auch nachdenklich stimmende Informationen vermittelt. Die Schweiz, bis vor kurzem bekannt als das Land der Schulen, läuft heute Gefahr, als Folge mangelnder Weitsicht und erlahmender schöpferischer Initiative und Zukunftsgläubigkeit auf wichtigen Gebieten der industriellen Forschung den Anschluß an die weltweite Entwicklung zu verlieren. Diese Einsicht nicht in lähmenden Pessimismus umschlagen, sondern in konkrete Maßnahmen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene ausmünden zu lassen, wird das Ziel weiterer Arbeitstagungen der Schweizer Sektion sein, welche sich den Bedürfnissen und Möglichkeiten gemeinsamer Forschung in den Hauptindustrien unserer Wirtschaft widmen werden. Daß die Schweizer Sektion darüber hinaus eine wichtige Aufgabe im Rahmen des europäischen Unternehmertums zu erfüllen hat, indem sie echtem liberalem Geiste gegenüber den zentralistisch-bürokratischen Tendenzen des Gemeinsamen Marktes überzeugenden Ausdruck verleiht, wußte der Präsident der europäischen *Fédération, Maurice Guigoz* (Vaudens), anläßlich des Bankettes seinen Zuhörern in zündenden Worten nahezubringen.

Max Ulrich Rapold

Querschnitt durch neue Wirtschaftszeitschriften

(Die Zitate ohne Jahresangabe beziehen sich auf Dezember 1958 sowie auf Januar und Februar 1959)

Jahresrückblick und internationale Wirtschaftspolitik

Im Ablauf der ökonomischen Dinge hat nur selten ein Vierteljahr der Wirtschaftspresse soviel an Stoff geboten wie die Berichtsperiode vom Dezember 1958 bis Februar 1959. Der Kampf um die Freihandelszone und vor allem der am Ende des letzten Jahres plötzlich in die Tat umgesetzte Entschluß einer Reihe von europäischen Regierungen zur Einführung der Währungs-Konvertibilität waren für die Wirtschafts-Zeitschriften willkommene und breit behandelte Themen. Zunächst ist indeß heute der üblichen *Jahresschlußartikel* zu gedenken, die, meist in einen mehr oder minder phantasievollen Ausblick auf das im neuen Jahre zu Erwartende ausklingend, auch diesmal wieder fast in jedem Organ der Wirtschaftspresse zu finden sind. Von ihnen soll hier nur Bezug genommen werden auf die Dezemberausgabe der amtlichen «Volkswirtschaft»; sie erläutert das «Volkseinkommen der Schweiz im Jahre 1957», das um 1480 Mill. Fr. sein Pendant im Jahre 1956 übertraf. Im übrigen haben das «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt, ebenfalls im Dezember, eine gut fundierte Übersicht über «Wirtschaft und Finanz 1958» und der «Wochenbericht» Nr. 50 des Bankhauses Bär über «Börsen und Devisen im letzten Jahre» vermittelt. In der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung», Nr. 1, erinnert E. Hugentobler (Zürich) an die sozialpolitischen Ereignisse von 1958.

Das Überraschungsmoment der *Konvertibilität* betonen die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Januar («Unverhofft kommt manchmal») und die Frankfurter «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» im Leitartikel vom 15. 1. («Deus ex machina»). Der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär vom 9. 1. preist die Herstellung der Konvertibilität als «Sternstunde der Währungen». Am genaue-

sten hat «die Rückkehr zur Währungskonvertibilität» und den Inhalt des «neuen europäischen Zahlungs- und Kreditsystems» die «NZZ» kommentiert (vgl. Nr. 357 vom 29. 12.). Auch der «Economist» vom 3., «La Suisse Horlogère» vom 1. und 8. sowie die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 15. 1. unterrichten ihre Leser über die Tragweite der Materie. Die «Wirtschaftsführer-Briefe» vom 15. 1. geben ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Preis wieder zum Maßstab ökonomischer Leistungsfähigkeit gemacht worden ist.

Wie früher, so füllten auch im letzten Vierteljahre die Probleme der *europäischen Integration* die Spalten der Wirtschafts-Zeitschriften. Dabei lauteten im vergangenen Dezember die Pressestimmen fast durchweg noch ziemlich pessimistisch. So betitelte die «Schweizerische Handels-Zeitung» am 11. 12. ihren Leitartikel «EWG gegen Europa», die «NZZ» sprach am 18. 12. von der «Krise der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit» und der «Economist» am 20. 12. von der Spaltung Europas und vom «Schwarzen Tag der OEEC». Dem aus seinem Leserkreis stammenden Vorschlag, Großbritannien solle sich dem Gemeinsamen Markt der Sechs anschließen, begegnete der «Economist» am 27. 12. noch mit ausgesprochener Zurückhaltung (man achte darauf, weil diese bedeutendste Wirtschafts-Zeitschrift Englands in kurzer Zeit völlig umgeschwenkt hat). Die Vollziehung der Konvertibilität hat die Erregung in der Wirtschaftspresse aus Anlaß des Streites um die europäische Integration merklich gedämpft. Den Höhepunkt in der Kontroverse um die Methode der ökonomischen Annäherung bildet die allerorten von der Tagespresse mit gebührender Aufmerksamkeit vermerkte, von der früheren Stellungnahme abweichende Anregung des «Economist» vom 7. 2., für Großbritannien sei nunmehr, nach dem Zusammenbruch der

Idee der Freihandelszone, der Anschluß an den Gemeinsamen Markt das Gegebene. Dieses Wochenblatt geht sogar so weit, anzudeuten, daß «einige Mitglieder des Commonwealth ihren eigenen Weg der Verhandlungen mit den Sechs gehen würden, wenn die britische Regierung untätig bliebe». Im Gegensatz zu diesem Alleingang der Engländer hat die «NZZ» noch am 25. 1. ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen die Politik der EWG gerichtet. «Die Textilindustrie in den Ländern der EWG» wird von der Zeitschrift «Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft» am 15. 12. miteinander verglichen, und am 15. 1. legt in demselben Presseorgan Professor Dr. W. Hallstein, Präsident der Brüsseler Kommission, Rechenschaft ab über das erste Lebensjahr der EWG. Das Heft IV der «Außenwirtschaft» zeichnet sich aus durch eine instruktive Abhandlung des Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. Alfred Schaefer, über «die EWG, die Freihandelszone und internationale Kapitalbewegungen». Ein «Gemeinsamer Markt für das Kapital» ist es, dessen Kanäle in einem Artikel des «Economist» vom 28. 2. skizziert werden. Bei einer Wahl zwischen «Freihandels- oder Blockprinzip» innerhalb der EWG entscheidet sich in der gleichnamigen Zeitschrift vom 15. und 28. 2. Dr. Hendrik Genth zugunsten der Liberalität. Am 20. 2. enthält die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» eine Arbeit über «die Problematik der sozialen Harmonisierung in der EWG».

Lesenswert ist im Vierteljahresbericht 4/1958 der Skandinaviska Banken ein Artikel von Erik Lundberg über «Konjunkturen — neue und alte Erfahrungen». Die «NZZ», Nr. 6, verhält sich zuversichtlich gegenüber den «westeuropäischen Konjunkturperspektiven». — Sie setzt ihre früher eingeleitete Folge über die *Finanzplätze der Welt* mit einer Darstellung der Arbeitsweise von Frankfurt a. M. am 30. 11. und von Paris am 6. 12. fort. — Vom «Schutz der Privatinvestitionen in *Entwicklungsländern*» handelt eine Arbeit von Dr. Helmut Giesecke im Ham-

burger «Wirtschaftsdienst» des Dezembers. In einer Botschaft vom 28. 1. an den Kongreß hebt der amerikanische Präsident die Bedeutung der Hilfe an die unterentwickelten Gebiete hervor; man nehme dazu Einblick in die «NZZ» vom 30. 1. Die Frankfurter «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Februar widmen dem Beitrag von Professor Richard F. Behrendt: «Soziologische Aspekte der Außenpolitik materiell unterentwickelter Länder» in der Novemberausgabe der «Schweizer Monatshefte» eine ausführliche Besprechung.

Schweizer Wirtschaftsprobleme

Einen gedrängten Überblick über die *Wirtschaftssituation der Schweiz* im 4. Quartal 1958 verschafft uns als Beilage zum Februarheft der «Volkswirtschaft» und zu den «Mitteilungen» des gleichen Monats aus der Schweizerischen Nationalbank, wie gewohnt, das Referat der Kommission für Konjunkturbeobachtung. — Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» untersucht am 5. 12. die Bedingungen für den Anschluß der Schweiz an die Freihandelszone. Die Bewegungen im schweizerischen *Außenhandel* 1958 werden von «Finanz und Wirtschaft» am 6. 2. als Maßstab für den Konjunkturablauf gedeutet. Die «Schweizerische Handels-Zeitung» verweist am 5. 2. auf die innerpolitischen Probleme der bevorstehenden Entscheidung über die *Zolltarifrevision* in den eidgenössischen Räten und am 12. 2. auf die «Schlankheitskur», der sich der neue Zolltarif in den GATT-Verhandlungen der letzten Monate unterwerfen mußte. Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Februar geht auf einen Vortrag des Regierungsdirektors J. Seiberlick im Januar unter dem Titel: «Rund um den neuen Zolltarif» ein. — Dr. F. Martin widmet in der Wiener «Industrie» vom 5. 12. seine Überlegungen der Aufnahmefähigkeit des *Schweizer Kapitalmarktes* für Auslandsanleihen. «Finanz und Wirtschaft» bezeichnet am 9. 1. den «Aktienplit in der Schweiz»

und am 13. 1. Dividendenerhöhungen als dringende Postulate. «Das Wehrsteuerrecht nach der neuen Finanzordnung» ist der Gegenstand eines Artikels in der «Steuer-Revue» vom Januar. In derselben Zeitschrift vom Januar und Februar betitelt Dr. Martin Eulau (Basel) seinen Beitrag: «Der Nachweis im Steuerrecht.» — Schließlich sind *auf restlichen Gebieten* bemerkenswert im Zyklus der «Wirtschaftsförderung» vom Stande und von den Problemen der schweizerischen Wirtschaft die Monographien über die Uhrenindustrie (im November/Dezember mit Gérard F. Bauer als Autor) und über die Ziegelindustrie (im Januar aus der Feder von Dr. H. A. Schläfli). Aus der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom Dezember verdient die im Hinblick auf die Diskussion um die EWG aktuelle historische Betrachtung: «Die Schweiz und der deutsche Zollverein» von Privatdozent Dr. Albert Hauser (Wädenswil) Beachtung. Zu verweisen ist außerdem auf die Artikel: «Die Bedeutung der Atomenergie für die schweizerische Energiewirtschaft» in der Januarnummer der «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», ferner: «Kraftwerkbau in der Schweiz» und «Werkzeugmaschinen im Zeichen der Automation» aus der «Wirtschaft», ebenfalls vom Januar, und endlich: «Schweizer Beispiel — wenig Staat», von Jacques Ittensohn (Basel) in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen», Heft 1 des laufenden Jahrganges. In einem Sonderheft aus Anlaß des 70. Geburtstages von Direktor Ernst Tobler veröffentlicht die «Agrarpolitische Revue», Ausgabe Januar/Februar, einen Beitrag des Professors Dr. E. Durtschi (Winterthur): «Staatshilfe und Selbsthilfe in der schweizerischen Landwirtschaft.»

Informationen aus Ländern eines regeren Warenaustausches mit der Schweiz

Nachrichten aus Ländern, mit denen die Schweiz in lebhafteren Handelsbeziehungen steht, liefert die Wirtschaftspresse der Be-

richtsperiode in reichem Maße. Was zunächst *europäische Staaten* angeht, so befaßt sich die «NZZ» am 13. 1. und 1. 2. mit der ökonomischen und finanziellen Situation in *Belgien*. — Die neueste wirtschaftliche Entwicklung von *West-Deutschland* wird im Monatsbericht der «Federal Reserve Bank of New York», Nr. 12/1958, und seine konjunkturelle Lage in der «NZZ» vom 6. 2. behandelt. — Eine ausführliche Darstellung von «*Finnlands* Wirtschaft seit dem zweiten Weltkrieg» enthält die «NZZ» vom 4. 2. — Ob *Frankreich* auf Stabilisierung oder Inflation hinsteuert, untersucht die «NZZ» am 11. und seine Wirtschafts- und Währungsreform am 30. 12. Die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 15. 1. unterstreicht eine Anregung der Schweizerischen Handelskammer in Paris, die für eine Verstärkung der Exporte nach Frankreich auf Grund der dort vorgenommenen Liberalisierung wirbt. «Wie Vater Staat in Frankreich wirtschaftet» wird von Walter B. Bing (Paris) in Heft 1 der «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» beleuchtet. Der Hamburger «Wirtschaftsdienst» des Dezembers wartet mit einer monographischen Untersuchung der französischen Uhrenindustrie auf. Schließlich sprechen die «Wirtschaftsführer-Briefe» am 4. 2. von der «wirtschaftlichen Ernüchterung in Frankreich». — Der Leitartikel in «Bulletin» Nr. 5 von 1958 aus dem Hause des Schweizerischen Bankvereins ist: «*Großbritannien* und die europäischen Probleme» betitelt. — Daß *Italien* auch eine Demokratie in Schwierigkeiten ist, befürchtet die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 8. 1. — Für Interessenten am Außenhandel mit *Österreich* besorgen die «Informationen» aus diesem Lande wie bisher so auch jetzt verwendbares Material aus Politik, Wirtschaft und Kultur. — *Schweden* endlich «steht vor großen Wandlungen», so betont der deutsche «Arbeitgeber» vom 5. 2.

Außerhalb Europas ist es *Argentinien*, das immer wieder von der Schweizer Wirtschaftspresse mit Aufmerksamkeit beobachtet wird. Die «NZZ» spricht am 31. 12. von

der «Sanierung der argentinischen Wirtschaft» und am 6. 1. vom dortigen «Stabilisierungsprogramm». Auch «Finanz und Wirtschaft» stellt am 3. 2. mit Befriedigung eine «Wendung zum Besseren in Argentinien» fest. — Über «das *chilenische* Wirtschaftsprogramm» wird der «NZZ» vom 15. 1. aus Santiago de Chile raportiert. — Dem Stande und den Aussichten der Wirtschaft in *Kanada* widmet «Finanz und Wirtschaft» vom 23. 12. an leitender Stelle ihre Betrachtungen.

Wirtschaftsprobleme in den Vereinigten Staaten

Kürzere Äußerungen in der ökonomischen Presse beziehen sich auf die auch in ihrer Wirkung auf Europa wichtigen *Wirtschaftsprobleme in den USA*. Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft erörtern im Dezember *Börse und Wirtschaft Amerikas*, und die Wiener «Industrie» wird am 2. 1. aus New York über den «Ausblick der USA auf 1959» unterrichtet. «Finanz und Wirtschaft» vom 20. 1. beurteilt «die Branchenaussichten» drüben günstig. — Die Sorge vor der *Inflation* tritt in der amerikanischen ökonomischen Presse klarer hervor. Die Inflationsbekämpfung wird von Eisenhower in seiner «State of the Union-Botschaft» (vgl. «NZZ» vom 11. 1.) und in der Budget-Adresse (vgl. «NZZ» vom 21. 1.) als Hauptziel für die innere Politik herausgehoben. Das Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom Dezember legt u. a. seinen Lesern die Frage vor, welche Wirkungen die Inflation auf die Kapital-Investitionen ausüben wird. — Den «Zickzackkurs» in der amerikanischen *Außenhandelspolitik*, die von politischen statt von kommerziellen Motiven beherrscht werde, geißelt Hans Steinitz in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» des Januars; der Autor verwertet als Leitgedanken in seiner Arbeit den treffenden Satz: «Die Handelspolitik der größten Welthandelsmacht kann man freihändlerisch in der Theorie, aber protektionistisch in der Praxis

nennen.» «Außenhandel und Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten» sind am 14. 2. das Thema einer Meldung aus dem New Yorker Büro der «NZZ».

Kommunistische Wirtschaft und West-Ost-Handel

Eine Vorschau auf den 21. Kongreß der kommunistischen Partei in der Sowjetunion veranstaltete der «Economist» am 24. 1. Am 14. 2., also nach Abschluß des Kongresses, folgte in der gleichen britischen Zeitschrift eine Betrachtung der Schwierigkeiten, die der von Chruschtschew eben verkündete Siebenjahresplan zur Entwicklung der russischen Wirtschaft überwinden muß. Dieser Plan wird in der «NZZ» am 12. und 13. 1. «utopisch» und im deutschen «Arbeitgeber» am 18. «heraklidisch» (=herkulisch) genannt. In den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» des Dezembers begegnet man einem fundierten Artikel von Hans-Georg Glaser (Essen) über «die Rubel-Offensive in der kommunistischen Strategie», in der Frankfurter «Gegenwart», die leider bei Jahresende das Erscheinen eingestellt hat, am 27. 12. als «Schwanengesang» aus der Feder ihres Mitherausgebers Dr. Fritz Hauenstein einen Aufsatz: «Keine Angst vor dem roten Wettbewerb»; mit dem wachsenden Wohlstand würden sich auch die Völker der Sowjetunion verändern. Im «Challenge»-Magazin vom Januar interessiert: «The Soviet Military Economic» und in der Hamburger Wochenzeitschrift «Die Zeit» am 2. 1. eine Abhandlung: «Planwirtschaften drängen zur Autarkie.» «La Suisse Horlogère» widmet am 22. 1. dem Besuche Mikojans in den USA ihr Gedenken.

Daß «mehr Mut zum Ostimport» aufzuwenden sei, fordert die Wiener «Industrie» am 6. 2. nicht nur für Österreich.

Sonstiges

Auf die folgenden, aus dem üblichen Rahmen unserer Disposition fallenden Aufsätze

möge zum Abschluß noch hingewiesen werden:

Getreu ihrer programmatischen Firmierung als «Zeitschrift für Industrie, Technik und Forschung» bringt «Die Wirtschaft» vom Dezember vor allem einen ausführlichen «Querschnitt durch die Produktion von Bohr- und Fräsmaschinen» (Verfasser Paul Bernhard aus Filzbach GL). In Nr. 49/1958 seiner durchweg anregenden «Wochenberichte» macht sich das Bankhaus Bär Gedanken über «den Käufer und sein Urteil». Die Nr. 6/1958 der «Revue Economique Franco-Suisse» wandelt das Gebiet der «Publicité» (im Sinne von Kundenwerbung) in seinen verschiedenen Aspekten ab. In der Wiener

«Presse» vom 4. 1. spricht Professor Dr. Wilhelm Röpke über das aktuelle Thema: «Freiheit und Zwang im Wirtschaftsleben.» «Zwang in der Wirtschaft» — so sagt der Autor — «raubt uns nicht nur eine besondere Form der Freiheit, nämlich die wirtschaftliche, sondern er unterhöhlt auch mit unheimlicher Sicherheit die allgemeine politische und geistige Freiheit.» Endlich ist die Abhandlung: «Das Dorfgewerbe als Instrument der Wirtschafts- und Gesellschaftsförderung» von Dr. Kurt Holzer (Wien) im «Internationalen Gewerbearchiv», Heft 4 des 6. Jahrgangs, wertvoll.

Hans Posse

Die Sorge um die Solidität, die Schaffung von Reserven darf nicht den schöpferischen Drang nach dem Neuen ersticken und dem Einsatz großer Mittel im Wege sein, denn jedes Unternehmen lebt, indem es sich immer erneuert.

Max Huber